

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Zuzahlung 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 236.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 9. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Pflichten sind nicht dazu da, gewußt, sondern dazu da, getan zu werden. Lagarde.

Zwischen zwei Feuern.

„In diesem Augenblick, da geistig und materiell die größte und tiefste Katastrophe über die Welt hereingebrochen ist, richten sich die Augen der ganzen Welt fragend und gespannt auf das Land, dem das Schicksal in den letzten 17 Jahren das größte Leid aufgebürdet hat. Der Weg, den Deutschland durch diesen Engpaß geht, wird richtungsgebend sein für eine Welt, die bereit ist, die Ketten der kapitalistischen Weltwirtschaft von sich abzu-schütteln.“

Diese Sätze lasen wir im Augustheft der „Tat“, einer im Verlag von Eugen Diederichs erscheinenden Monatschrift. Man könnte geneigt sein, in einer solchen Äußerung weiter nichts zu finden als jene berückigte Großmannsicht, der der Deutsche so leicht verfällt, etwas von dem höchst zweifelhaften Glauben, daß „am deutschen Wesen die ganze Welt genesen“ müsse. Aber so ist's nicht gemeint. Vielmehr glauben wir in der Tat, daß das deutsche Volk in dieser Stunde, wie bereits so oft in der Geschichte, die eminent wichtige Aufgabe haben könnte, den Völkern den Weg aus einer Notlage heraus zu zeigen, in der sie sonst zugrunde gehen. Eine Krise durchlebt das Abendland, ja, die ganze Welt, die an Tiefe und Breite, an zeitlicher und räumlicher Ausdehnung ihres gleichen sucht. Alte Systeme erschöpfen sich, alte Ordnungen lösen sich auf. Die Mittel, aus denen die Welt bisher gelebt hat, wollen ausgehen. Da wird es zur dringenden Frage, ob es möglich sein wird, neue Lebensmöglichkeiten zu finden, neue Lebensquellen zu erschließen. Und in diesem Suchen und Finden könnte es, wie gesagt, unsere besondere Aufgabe sein, den anderen auf dem zu beschreitenden Wege voranzugehen.

Es sind vor allem zwei Umstände, die uns unsere besondere Lage und Aufgabe so sehen lassen. Das eine Moment wurde in den oben angeführten Sätzen aus der „Tat“ bereits genannt. Deutschland leidet seit 17 Jahren am schwersten an der Krise, die auch die andern betrifft. Deutschland steht ganz dicht vor dem Abgrund, in dem auch die andern zu versinken drohen, — das wird immer deutlicher, — wenn keine Rettung mehr möglich ist. Das muß sich also bei uns zuerst und vor allem entscheiden. Und darum mag es keine Übertreibung sein, wenn gesagt wird, daß die Augen der ganzen Welt sich fragend und gespannt auf uns richten. Sie alle sind doch mehr oder weniger interessiert daran, ob das deutsche Volk aus der Not, die es schier zu erdrücken droht, einen Weg herausfindet. Denn sie wissen, daß sie früher oder später alle vor die gleiche Frage gestellt werden.

Damit ist das andere bereits gegeben. Deutschlands Schicksal läßt es in besonderer Weise dazu berufen sein, richtungsgebend und wegweisend den anderen voranzugehen. Deutschlands Schicksal aber ist heute wie zu allen Zeiten weitgehend seine geographische Lage, seine außenpolitische Stellung, seine Verschiedenheit mit den Interessen der Nachbarvölker, sein Hineingestelltsein in die Mitte von Großmächten im Osten und Westen, deren nachbarliches Verhalten nicht immer das beste war. Dieses Schicksal ist uns mehr als einmal zum Verhängnis geworden — niemals wohl in einer Weise wie im gegenwärtigen Augenblick. Selber bis zum äußersten entworfen und wehrlos gemacht, sind unsere Nachbarn im Osten und Westen gerüstet wie noch nie, liegt ihnen alles daran, dieses für sie günstige Mißverhältnis für ewige Zeiten zu erhalten. Im Westen ein Gegner, der unseren Lebensraum bis zum äußersten zu beschränken sucht, und im Osten ein solcher, der unsere innerste Lebenskraft zu untergraben sich ansetzt, das sind zwei Feuer, zwischen denen wir leben. Wird es möglich sein, aus dieser Zwischmühle heraus zu kommen? Werden wir uns in dieser Lage behaupten können? Das ist die machtpolitische Frage, um die es heute in allererster Linie geht.

Es gibt in Deutschland immer noch Leute, die, außenpolitisch gesehen, das Heil für uns von einer Verständigung mit Frankreich erwarten. Parteipolitisch finden sich die Vertreter dieser Richtung bis weit in die politische Mitte hinein. Die gesamte deutsche Außenpolitik der letzten 13 Jahre von Versailles über Locarno, den Dawes- und Youngplan bis zum französischen Ministerbesuch in Berlin stellt eine klare Linie auf dieser Basis dar.

Nun liegt uns natürlich nichts ferner, als daß wir in olindwütigem Haß gegen den alten französischen Erbfeind jede ehrliche Verständigung von vornherein verneinen sollten. Gründlicher könnte der „Aufwärts“ seine Aufgabe nicht verkennen. Aber es muß uns auch daran liegen, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Nach 13-jähriger

Verständigungspolitik sollte man endlich aus den gemachten Erfahrungen lernen. Und diese Erfahrungen lassen sich in dem einen Satze zusammenfassen: Frankreich sucht Verständigung mit Deutschland unter der Voraussetzung seiner unbedingten Vorherrschaft in Europa. Ein umfangreiches Sicherungssystem, bestehend in einer einzigartig dastehenden Wehrmacht und einem umfassenden Bündnisystem, hat Frankreich dahin ausgebaut, daß es in der Lage ist, jede selbständige Bewegung in Europa, die nicht „in seinen Kram“ paßt, mit Gewalt niederzuhalten. Die Staaten der sogenannten Kleinen Entente, die Kleinstaaten der südosteuropäischen Halbinsel, marschieren bereits in Frankreichs Gefolge. Vor ein paar Wochen noch ließ uns die Nachricht aufhorchen, daß Frankreich es versuche, auch zu Sowjet-Rußland in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Sollte ein solcher Versuch gelingen — und warum sollte er früher oder später nicht gelingen? — dann wäre damit der Ring um Deutschland geschlossen, die Einkreisungspolitik Eduards VII. von England hätte ihre zweite Auflage erlebt. Nur mit dem gewaltigen Unterschied, daß sie sich diesmal nicht gegen ein machtvolles Deutschland kehren würde, dessen Niederrückung Sinn und Ziel dieser Politik wäre, sondern gegen ein gänzlich am Boden liegendes Volk und Land, von dem seine Bezwiner nur noch erwarten, daß es unter ihren Fittichen Zuflucht sucht, sich des letzten Restes von Freiheit und Selbständigkeit begibt, von Frankreichs Gnaden sein Dasein führt und ganz und gar ein Organ im Gefüge dieses machtpolitischen Systems in höchster Potenz eintritt.

Ist das die Lage, wie sie tatsächlich vorliegt, so wäre dem gegenüber, ganz abgesehen von dem allgemeinen Recht der Selbstbehauptung, einfach aus letzter Befinnung heraus, doch so zu fragen: Soll Deutschland sich wirklich einspannen lassen in ein System, das fast ausschließlich der Macht und dem Prestige dient, ohne nach dem Wohl oder Wehe der Menschen als solcher zu fragen? Wir müssen einer solchen Frage, rein ideologisch betrachtet, ablehnend gegenüberstehen. Es ist, von hier gesehen, kaum zu verstehen, daß gerade die pazifistisch gerichteten Kreise in Deutschland eine Verständigung mit Frankreich suchen und befürworten, ohne sich klar zu machen, daß man damit für einen Militarismus in höchster Potenz eintritt. Den Frieden und die wahre Wohlfahrt der Menschen müßte man auf ganz anderen Wegen erstreben. Deutschland muß nach Wegen und Möglichkeiten suchen, um in möglichstster Unabhängigkeit von Frankreich sich neue Daseinsbedingungen zu schaffen. Die Frage ist, ob es solche Möglichkeiten gibt.

Eine solche Möglichkeit wäre — vielleicht — die Orientierung nach dem Osten, die Verbindung mit Rußland. Allein wir bezweifeln, daß es ein solches Einvernehmen mit dem Sowjetstaate gibt, das rein politischen und allenfalls wirtschaftlichen Charakter trüge, ohne gleichzeitig

sehr schwerwiegende kulturelle Konsequenzen nach sich zu ziehen. Mit anderen Worten: Wir glauben nicht daran, daß es möglich ist, sich mit Rußland zu verbünden, ohne seinen Bolschewismus nach Deutschland herüber zu nehmen. Und um diesen Preis wäre die Freundschaft denn doch zu hoch erkauft. Es ist für unser Empfinden jedenfalls so gut wie ausgeschlossen, daß eine innere und äußere Befriedung und Gefundung Deutschlands möglich sein sollte, wenn wir uns ganz auf Sowjetrußland und seine staats- und kulturpolitische Methode stützen. Zu unserer Seele kann es nur führen, wenn wir uns gegen diesen Geist aus dem Osten ebenso wenden wie gegen jeden anderen aus dem Westen.

Wir müssen also in unserer Stellung „zwischen zwei Feuern“ standhalten, nicht ohne weiteres nach der einen oder anderen Seite hin Deckung suchen, vielmehr versuchen, das eigene Haus gegen die züngelnden Flammen zu schützen, oder, falls es doch ein Raub der Flammen wurde, an seiner Stelle ein neues zu bauen. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die damit angedeutet ist. Aber wenn sie gelänge, dann könnte das nicht nur für uns, sondern darüber hinaus für die Welt überhaupt von Bedeutung sein. Denn es könnte sich dabei um eine Abkehr von Wegen handeln, die die Völker bisher nicht zu ihrem Besten gewandelt sind.

Was muß geschehen? Außenpolitisch scheinen uns zunächst alle Wege verbaut zu sein. Wie grundlos die Hoffnung auf Hilfe von außen ist, wird mit jedem Tage deutlicher. Die einzige Möglichkeit nach außen hin wäre die Befinnung auf den „mitteleuropäischen Raum“, der Versuch Deutschlands, eine nähere Verbindung zu Österreich in Form der Zollunion anzubahnen, war ein erster Schritt auf diesem Wege. Der Versuch, der weithin als eine hoffnungsvolle „Aktivierung der deutschen Außenpolitik“ begrüßt wurde, ist vorerst an dem Widerstande Frankreichs gescheitert. Es war bedeutsam, daß Frankreich an Stelle der deutsch-österreichischen Zollunion seinen alten Plan einer paneuropäischen Wirtschaftsverbundung zu setzen suchte. Im Hintergrunde lauerte selbstverständlich das Verlangen nach einer so oder so gearteten Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent. Es dürfte klar sein, daß es sich für uns um zwei grundsätzlich verschiedene Wege handelt.

Was ist also zu tun? Vorerst ist von andern keine Hilfe zu erwarten. Hilf dir selbst oder stirb! so ruft man uns zu. Sie rufen zum Teil so, weil sie selber mehr oder weniger vor dieser verzweifeltsten Entscheidung stehen. Das ist das Hoffnungsvolle unserer Lage. Für uns gilt es, klar zu erkennen, um was es heute geht, zu achten auf das alte, das vergeht, wie auf das Neue, das werden will. Wir stehen im Bruch der Zeiten. Was uns not tut, sind wache Augen und nüchterne Sinne, um das Geschehen der Zeit zu verstehen. Zum Verzagen ist dann keine Ursache. H. St.

Sparmanifest.

Ein Programm der Verlegenheiten.

Die seit Wochen im Reichskabinett beraten und in vielen Punkten in der Öffentlichkeit bereits kritisierte 3. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen ist nun endlich fertig. Reichskanzler Brüning hat im Reichsrat die Zusammenhänge umrissen. So ungewöhnlich diese Art des Vorgehens ist, so erklärt sie sich doch aus der Tatsache, daß die vielen Einzelheiten, die aus den entlegenen Gebieten in die eine Notverordnung zusammengebracht sind, noch kein Ganzes geben. Es ist nicht das Wirtschaftsprogramm und nicht das große Winterprogramm, das vor Wochen angekündigt wurde. Die vielen Einzelheiten, die 100 Schreibmaschinenseiten füllen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wesentlichsten Fragen des kommenden Winters unerledigt geblieben sind. Auch mit einem Pronunciamento, das mit grundsätzlichen Bekenntnissen die Notverordnung einrahmt, kommt man über die Tatsache nicht hinweg. Nachdem wir uns daran gewöhnt haben, daß zur diktatorischen Führung der Reichsgeschäfte ein ausdrückliches Vertrauensvotum nicht erforderlich ist, hat eine derartige Sammlung von Forderungen der Regierung nicht einmal eine parlamentarische Bedeutung. In guten Erkenntnissen und Bekenntnissen hat es seit anderthalb Jahren nicht gefehlt. Aber entscheidend ist die Tat.

Das, was diese Notverordnung auszeichnet, ist die große und betonte Geste der Sparbarkeit. Damit ist aber auch eigentlich der einzige gemeinsame Gesichtspunkt gegeben, wobei es sich sehr fragt, ob 100 Seiten Notverordnung erforderlich gewesen wären, um in den Massen des

Volks der freudigen Bejahung notwendiger Sparbarkeit zum Siege zu verhelfen. Ein führendes demokratisches Blatt hat dieser Tage zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung nur dann Möglichkeiten und Pflicht zum Einweggehen über alle Hindernisse hätte, wenn sie ein klares, auf ein paar Hauptachsen konzentriertes praktisches Programm hinstelle. Nun sind bedauerlicherweise gerade die Probleme, bei denen ein praktisches Programm besonders notwendig gewesen wäre, aus der Notverordnung zurückgestellt worden. Bei dem Mißtrauen und Elend der Gegenwart ist es nur ein schwacher Trost, wenn gleichzeitig mit der Notverordnung die Lösung dieser Probleme in Aussicht gestellt wird. Weiß man doch, daß ihre Zurückstellung mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie erfolgte. Auch die Opferung von Curtius in der Form des freiwilligen Rücktritts kann lediglich zur parlamentarischen Befriedigung der Gruppen zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen beitragen, ohne an der Situation etwas wesentliches zu ändern, solange die Mehrheit zur Ablehnung von Mißtrauensanträgen nur durch die Angst vor Neuwahlen zusammengehalten wird. Wir wissen ja nicht einmal, wie sich weiter die Entwicklung zuspitzt haben wird, wenn im Reichstag alles nach Wunsch der Regierung gegangen sein sollte und wieder freie Bahn auch für positive Notverordnungen ist. Soll auch weiter, wie bei der Julikrise, dem englischen Regierungswechsel und der Pfundentwertung, die praktische Politik der Reichsregierung unter dem Kennzeichen „zu spät“ stehen? F. W.

Entweder — Oder?

Unser deutsches Volk scheint in der Zerrissenheit der Parteien und Berufsstände, Gruppen und Richtungen nur noch das harte „Entweder — Oder“ zu kennen, dessen Unbedingtheit den Weg zur inneren Einheit mitteilungslos verschließt. Die Zerreißung der besten Kräfte im inneren Sader, die Auflösung jeder Wiederaufbauarbeit in tausend verschiedene und parteimäßig zugeschnittene Vorschläge, die Atomisierung des Parteilebens sind die notwendige Folge. Darum ist auch die Spaltung der SPD, so sehr man dieselbe als Schwächung der marxistischen Front begrüßen mag, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zu bedauern, da eine Konsolidierung der Parteien auf der Rechten wie auf der Linken und in der Mitte dringendes Gebot der Stunde ist, da auch der häusliche Streit im Lager des Sozialismus letztlich nur ein Symptom ist für unser aller Unfähigkeit, ausgleichende Synthesen zu schaffen.

Am verhängnisvollsten könnte sich aber unsere Neigung zu übersteigerten und verabsolutierten Alternativen auswirken, wenn wir uns im Hinblick auf das derzeitige Weltwirtschaftschaos und auf unsere eigene wirtschaftliche Krise nicht von ihnen freimachen. Die Sache ist wirklich nicht so einfach, wie sie sich z. B. in seinem Artikel „Das Ende der Weltwirtschaft“ (Nr. 232 des „Aufwärts“) vorzustellen scheint, oder wie M.D.R. Eugen Berg in seiner Stettiner Rede anzunehmen schien. Weder England noch sonst irgendein Land kann sich mit der Einführung von Hochschutzzöllen oder mit einer Abschwächung der Goldwährung ohne weiteres aus der Verflüchtigung und Verflochtenheit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen „ausgliedern“, wie z. B. es darstellt; das hat sogar Sowjet-Rußland nur sehr vorübergehend fertig gebracht, um danach — vergleiche die Auslandsaufträge des russischen Staates — zu einem System überzugehen, das in praxi auf einen Ausgleich russischer (bolschewistischer) Wirtschaft und dem System des Kapitalismus hinausläuft. Was aber die Autarkie, bzw. den „nationalen Kapitalismus“ Eugenbergs angeht, so ward die Starre des Systems durch die eigenen Ausführungen des deutsch-nationalen Führers durchlöchert, denn wie man eine „Hebung des Fremdenverkehrs“, ein „großes afrikanisches Kolonialreich“ oder eine Ausweitung der deutschen Ostgrenzen ohne Beziehungen zur Weltwirtschaft erreichen und finanzieren will, bleibt unerfindlich. Schließlich darf darauf hingewiesen werden, daß gerade die Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf deren Abschließung von der Weltwirtschaft z. B. hinweist, in ihrer bislang auf Hochschutzzoll, Goldmassierung und nationalem Wirtschaftssegoismus beruhenden Autarkie (vulgo Monroedoktrin) ein Haar gefunden haben: das Experiment des Yankee-Industrialismus, das unter der Devise „Hoher Lebensstandard, hohe Löhne, hohe Zölle, hohe Verdienste“ den amerikanischen Markt aus der von Krisen geschüttelten Weltwirtschaft herauszuhalten suchte, ist mißglückt, und man bereitet in U.S.A., wie auch in Australien, wo man ähnliche Erfahrungen machte, eine radikale Umkehr vor. Erklärte doch Zeitungsmeldungen zufolge der amerikanische Unterstaatssekretär Castle auf einer Wirtschaftskonferenz in Boston, Amerika werde sich nur erholen können, wenn es auch der übrigen Welt besser gehe, um wirklich fortzufahren: „Die gegenwärtige Weltdepression ist ohne Vorgang in der Weltgeschichte.“

Das Bezirkskartell der christlich-nationalen Gewerkschaften Bielefeld Stadt und Land und Halle i. Westf.

hielt am Sonntag, den 4. Oktober, eine Mitglieder-Versammlung ab. Im Mittelpunkt dieser Versammlung stand ein Vortrag des Herrn Gewerkschaftssekretärs Bergmann, Herford, über das Thema: „Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen der Gegenwart.“

Der Referent befaßte sich zunächst in seinem Vortrage mit den Ursachen der Wirtschaftskrise. Er stellte fest, daß die berufstätige Bevölkerung in Deutschland sich seit 1914 wesentlich vermehrt habe, allein die weiblichen Arbeitnehmer sind seit dieser Zeit um 1,5 Millionen auf dem Arbeitsmarkt mehr geworden. Die übrigen außereuropäischen Länder haben ihre Industrien vergrößert und selbst mehr produziert, so daß der Export nicht den Umfang erreichen konnte, der notwendig gewesen wäre, die deutschen Arbeitnehmer voll zu beschäftigen. Die falsche Goldverteilung in der Welt, die untragbare Reparationsverpflichtung den Siegerstaaten gegenüber, sowie auch die über das notwendige Maß hinausgehende Nationalisierung unserer Industrien haben in Deutschland eine chronische Arbeitslosigkeit hervorgerufen.

Der Vortragende ging dann auf die sozialpolitischen Fragen ein und beschäftigte sich eingehend mit den einschneidenden Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung und sonstiger Eingriffe in sozialpolitische Errungenschaften. Insbesondere befaßte sich der Redner mit dem Tarifrecht und betonte, daß sich die christl. Gewerkschaften gegen die Auflockerung der Tarifverträge entschieden zur Wehr setzen würden.

Ferner stellte er fest, daß die Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer ein Ausmaß erlangt hätte, daß die Existenzgrundlage der breiten Volksschichten nicht mehr gesichert sei, es müsse daher mit dem Allheilmittel Lohnabbau Schluß gemacht werden, wenn nicht die Kaufkraft der Arbeitnehmer vollends vernichtet werden sollte.

Die Tatsache, daß trotz dieser wirtschaftlichen Notzeit noch Riesengehälter und hohe Pensionen für eine dünne Volksschicht bezahlt werden, stellt eine Ungerechtigkeit dar, die nicht zu verantworten ist.

Es sei notwendig, einen Abbau der Riesengehälter und Pensionen in Reich, Staat und Kommune, sowie in der

Darum darf man nicht starr an sogenannten Traditionen und vorgefaßten Meinungen festhalten.“

So verkehrt es nun wäre, nach dem „Oder“ der „Traditionen“ und „vorgefaßten Meinungen“ zu greifen, von denen sich Amerika jetzt abkehrt, so falsch würde es sein, wenn wir einfach bei dem „Entweder“ der bisherigen Weltwirtschaft bleiben wollten. „Das Ende der Weltwirtschaft“, so wie wir sie bislang sahen und gewohnt waren, ist wirklich da: darin hat z. B. M. recht, und wir dürfen es tatsächlich nicht dahin kommen lassen, daß wir „als Märtyrer der Weltwirtschaft eingespart werden“. Darum ist es dringendes Gebot der Stunde, daß unsere Wirtschaftsführer und Politiker unter Abkehr von dem starren „Entweder — Oder“, hier Weltwirtschaft oder hier nationale Abgeschlossenheit“ und unter Ausschaltung aller parteipolitischen und wirtschaftsegoistischen Motive den Weg finden und weisen zu einer Wirtschaftsform, die unsere vaterländischen Belange zu den lebenswichtigen Interessen anderer Völker in ausgleichende Beziehungen setzt.

Das andere „Entweder—Oder“, von dem wir hier noch kurz sprechen wollen, läßt sich von dem bisher Gesagten kaum trennen. Es klingt ungewöhnlich heraus aus den sechs Forderungen, welche die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an Regierung und Volk richteten, und klingt nicht weniger scharf aus dem Echo, das diese Forderungen in der Presse der SPD und der Gewerkschaften fanden: die Alternative „hier kapitalistisches oder hier sozialistisches System!“ Es ist der alte Riemelreim auf beiden Seiten: Abbau der Löhne, der Soziallasten und der Steuern ist der Weisheit letzter Schluß des Unternehmertums, und das Not-mo-tangere der Tarifpolitik und die soziale Fürsorge für den Einzelnen von der Wiege bis zur Bahre scheint der Schwanenfang der Gewerkschaften sein zu sollen. Die einen weisen nach Australien, wo sich die ganze Unzulänglichkeit der „übersteigerten gewerkschaftlichen Grundzüge“ erwiesen habe, und die anderen zeigen auf England und Amerika, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem im Sterben liege, ohne daß eines der beiden Länder einen Krieg verloren habe. Selbst Zeitungen wie die des Christlich-sozialen Volksdienstes, denen man ganz gewiß keine heimlichen marxistischen Neigungen nachsagen kann, weisen auf das „Unzulängliche“ der Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie hin, indem sie gleichzeitig mit aller Schärfe betonen, daß die alternative Entscheidung zwischen rein sozialistischer und rein kapitalistischer Wirtschaftsmethode zur Zeit eine glatte Unmöglichkeit bedeute.

Auch hier tut eben die Synthese, der Ausgleich, not, den wir alle — ob Rechts- oder Linkspolitiker, ob Anhänger der kapitalistischen oder sozialistischen Wirtschaftsform unter dem Gesichtspunkt der großen gemeinsamen Not, unter deren Schatten wir stehen, finden müssen. Niemand kann bestreiten, daß der Kapitalismus die Aufgaben, die ihm als herrschendem Wirtschaftssystem obliegen, nicht mehr zu erfüllen vermag, daß auf der anderen Seite der Sozialismus einen Befähigungsnachweis bislang nicht zu erbringen vermochte. Was hat es für einen Zweck, sich gegenseitig höhnisch vorzunehmen, daß die sozialistischen Führer heutzutage „geldgierigste Bourgeois“ seien, daß die Bankiers und Kapitalisten vielfach „auf ihre Sozialisierung warteten wie früher auf Dividenden“? Will man nicht im „sicheren Port“ des unangreifbaren „Entweder—Oder“ zugrunde gehen und unser ganzes Volk mit in den Abgrund reißen, so wird man sich zusammensetzen müs-

Privatindustrie vorzunehmen und diese auf ein erträgliches Maß, der Notzeit entsprechend, festzusetzen.

Die christlichen Gewerkschaften fordern die Opferbereitschaft aller Volkskreise. Ferner sei ein Abbau der Ueberorganisation in der Wirtschaft, Vereinfachung der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, Beseitigung der kartellgebundenen Preise, Reform des Aktienrechts, sowie eine Heruntersetzung der Zinsen auf eine für unsere Volkswirtschaft tragfähige Grenze erforderlich. Ferner wurde mit ganz besonderem Nachdruck gefordert, daß die Reparationszahlungen nicht wieder aufgenommen werden sollten, da diese Zahlungen einen Hauptteil Schuld an unserer heutigen Wirtschaftsdepression verursacht haben. Des weiteren, daß hierdurch die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer insbesondere beschränkt wird.

Der Redner ging dann am Schluß seines Vortrages auf den Berufsgebanken der christlichen Gewerkschaften ein und betonte, daß dieselben auf dem Boden des Christentums ihre Aufgaben im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben erfüllen wollten.

Der Referent erntete für seine Ausführungen starken Beifall. In der Aussprache, die recht lebhaft und anregend war, wurde unter anderem auf die Winterhilfe noch besonders hingewiesen und alle verfügbaren Kräfte der christlichen Gewerkschaften aufgefordert, die bestehende Not, insbesondere unter der Arbeiterschaft, lindern zu helfen.

Mit einem kurzen Appell des Vorsitzenden, für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften durch intensive Werbearbeit Sorge zu tragen, konnte die gut gelungene Versammlung geschlossen werden.

Evangelische Elternschaft und Berechtigungsunwesen.

Seit langem wird von einsichtigen Menschen darauf hingewiesen, daß wir in Deutschland unter einer Ueberfüllung der Berufsausbildungsstellen stehen. Für die unmöglichsten Verufe wird heute das Abitur verlangt. Die Kosten der Berufsausbildung stehen in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Einkommen. Man beobachtet weiter eine Examensinflation, die darin besteht, daß die Prüfungen in ihrer Bedeutung entwertet sind.

sen, um die deutsche Wirtschaft neu zu gestalten nach den Grundsätzen und Gesichtspunkten, die die Not der Stunde gebieterisch heischt, und ohne Rücksicht darauf, ob dieselben nach diesem oder jenem Parteidogma tragbar sind oder nicht.

Wir müssen heraus aus den unerbittlichen Alternativen, aus dem qualvollen Entweder—Oder, das wir für alle Probleme so schnell bei der Hand haben, und wir müssen uns hindurcharbeiten zu der Erkenntnis der letzten Schicksalsgemeinschaft, in der wir alle stehen.

Die Notverordnung.

„Einführung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage.“

In Erläuterung des nunmehr veröffentlichten Wortlauts wird amtlicherseits ein Communiqué verbreitet, in dem über die Vorgeschichte und den Zweck der neuen Notverordnung folgende Ausführungen gemacht werden:

„Die Notgesetzgebung der letzten 18 Monate mußte sich vorausschauend der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Entwicklung anpassen, die in raschem, manchmal überraschendem Fluße war. Ohne diese Gesetzgebung wäre es unmöglich gewesen, den letzten Winter zu überleben, über die großen finanziellen Schwierigkeiten dieses Sommers hinwegzukommen und damit Reich und Volk über eine der allerwierigsten und gefährlichsten Zeitphasen hinwegzuführen.“

Das Ziel aller Vorschriften, die erlassen werden mußten, war die Festigung und — soweit erforderlich — die Wiederherstellung der Solidarität der gesamten Staatswirtschaft und darüber hinaus — soweit möglich — auch der Privatwirtschaft.

Vor allem mußte daher danach getrachtet werden, die Ausgaben an die Einnahmen in den Wirtschaften der öffentlichen Hand und in der Volkswirtschaft allgemein anzupassen. Darüber hinaus mußten Hilfen dort eingesetzt werden, wo besondere Notlagen zu befürchten waren, wobei die Reichsregierung ihr besonderes Augenmerk auch darauf richtete, daß durch ihre auf Drohung der Staatsausgaben gerichteten Maßnahmen der deutschen Wirtschaft nicht weitere Schäden zugefügt werden. Durch ergänzende Maßnahmen wurden daher der Wirtschaft neue Impulse zur Wiederbelebung gegeben, soweit dies innerwirtschaftlich überhaupt möglich war.

Auch die neue Notverordnung soll durch eine Anzahl von Einzelbestimmungen in diesen Richtlinien wirken. Ferner soll sie gewisse Unstimmigkeiten ausgleichen, die sich bei der Durchführung früherer Vorschriften ergeben haben. Oberster Gesichtspunkt bleibt und ist, eine zwar schmale, aber doch möglichst sichere Basis für die gesamte Volkswirtschaft zu schaffen, die es ermöglicht, in politischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt sozialer Hinsicht die Härten des kommenden schweren Winters zu überwinden.

Reichspräsident und Reichsregierung wissen, daß dieses Ziel durch die neue Notverordnung allein nicht gewährleistet ist. Wenn je, so ist zur Vinderung der Weltwirtschaftskrise internationale Zusammenarbeit, der die Reichsregierung ihre ganze Kraft zuwendet, erforderlich. Abgesehen hiervon harren aber auch noch gewisse Grundfragen deutscher Wirtschaftsführung ihrer Lösungen. Sie werden stark beeinflusst durch die Unsicherheit der allgemeinen Weltwirtschaftslage, die sich in den letzten Wochen durch die Abwertung der englischen Währung noch weiterhin gesteigert hat. Nach Erledigung der in der Notverordnung behandelten Probleme sollen diese wirtschaftspolitischen Grundfragen nach dem Willen von Reichspräsident und Reichsregierung einer beschleunigten Beratung durch Persönlichkeiten zugeführt werden, die durch ihre Stellung im Wirtschaftsleben und ihre sozialpolitischen und wirtschafts-

Die Führerschaft des Evangel. Reichselternbundes, die zu der Lage auf dem Schulgebiet Stellung nahm, sagt in ihrer Entschliebung darum mit Recht:

„Die Berufsausbildung müsse auf ein gesundes, auch für die Familien mit größerer Kinderzahl wirtschaftlich tragbares Maß hingeführt werden. Staat, Kommune und Wirtschaft müssen mit dem unseligen Berechtigungsunwesen und mit den völlig ungerechtfertigten Vorbildungsansprüchen an die männliche und weibliche Jugend aufräumen.“

An die 10000 „Aufwärts“-Leser.

Auf unsere Bitte gingen bis heute ein:

157	Gaben zu 1.—	Mark	=	Mark	157,—
2	„	1,10	„	„	2,20
1	„	1,15	„	„	1,15
1	„	1,48	„	„	1,48
16	„	1,50	„	„	24,—
185	„	2,—	„	„	270,—
1	„	2,20	„	„	2,20
4	„	2,50	„	„	10,—
1	„	2,65	„	„	2,65
99	„	3,—	„	„	297,—
4	„	4,—	„	„	16,—
1	„	4,21	„	„	4,21
66	„	5,—	„	„	330,—
8	„	6,—	„	„	48,—
2	„	7,—	„	„	14,—
2	„	8,—	„	„	16,—
15	„	10,—	„	„	150,—
1	„	11,—	„	„	11,—
3	„	20,—	„	„	60,—
1	„	25,—	„	„	25,—
					= Mk. 1441.89

520 Gaben

Damit sind Steine, Kalk, Zement, Sand und Eisen, die wir für Fundament und Kellerdecke unseres Heimatbaues nötig haben, bereits bezahlt. Unsere Freunde wissen ja, daß man ein Lehmhaus nicht ganz aus Lehm baut, sondern ein Fundament aus festem Material nicht entbehrt werden kann.

Es dankt für bisherige und hofft auf weitere Hilfe im Namen ungezählter heimatungeriger deutscher Familien in Stadt und Land

Dünne, den 6. Oktober 1931. G. v. Bodelschmings.
Postcheckkonto: Hannover 48273

politischen Kenntnisse und Erfahrungen zur Mitarbeit besonders berufen erscheinen. Diese für die nächsten Wochen vorgesehenen Beratungen sollen zu der Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms führen. Die Reichsregierung hofft damit am ehesten den rechten Weg aus einer Krise zu finden, die nach Umfang und Tiefe in dem modernen Wirtschaftsleben nicht ihresgleichen hat.

Die neue Notverordnung, die in weitem Umfange Vorausschaltung der Aufstellung eines solchen Wirtschaftsprogramms ist, gliedert sich in einzelnen in acht Teile. So verchieden der Inhalt der Bestimmungen ist, die durch die neue Notverordnung in Kraft gesetzt werden, so einheitlich ist doch die Aufgabe, der sie alle dienen sollen. Sie sollen dazu beitragen, der Regierung und der Bevölkerung die Einstellung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage zu ermöglichen.

Entscheidende Schritte in dieser Richtung werden bald zu tun sein. Es wird notwendig sein, daß sich die Bevölkerung darauf jetzt bereits einstellt. Es muß gelingen, das gesamte Preisniveau rasch auf die verringerte Kaufkraft der Abnehmer einzustellen, die Produktions-

kosten ausreichend herabzusetzen und zu dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzuführen, das sich aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchswert der Waren im großen Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt. Darüber hinaus wird den Bedingungen, unter denen die Kreditversorgung erfolgt, insbesondere der Gestaltung des Zinsfußes und der Zinsspanne, besondere Beachtung zugewendet werden müssen.

Die Bewegung ist die Voraussetzung für die zweckmäßige Eingliederung der deutschen Produktivkraft und Aufnahmefähigkeit in den Gang der Weltwirtschaft. Sie ist auch die Voraussetzung dafür, daß Deutschland seine Stellung wahren kann in internationalen Verhandlungen, ohne die eine endgültige Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen und Irrungen nicht möglich ist.

Bis dahin muß auch im Außenhandel und in der Devisenbewirtschaftung der außerordentlichen Lage Rechnung getragen werden, den Mahnungen des Layton-Berichtes wird zu folgen sein, der vor vermeidbaren Einfuhren warnt.

Die „neue“ Regierung.

Keine Neuorientierung. — D. V. P. tritt in Opposition.

Brüning wieder beauftragt

— Berlin, 8. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: Nach Abschluß der Arbeiten an der neuen Notverordnung trat das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Aussprache über die Genfer Tagung in eine Erörterung der gesamtpolitischen Lage ein. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingereichten Rücktrittsgesuches des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius beschloß das Reichskabinett auf Vorschlag des Reichskanzlers, dem Reichspräsidenten die Gesamtdemission anzubieten. Der Reichskanzler benutzte den Anlaß zunächst, dem Reichspräsidenten Dr. Curtius, sodann auch seinen übrigen Ministerkollegen für die in schweren eineinhalb Jahren geleistete aufopfernde Mitarbeit seinen aufrichtigsten Dank auszusprechen. Im Anschluß an die Kabinettsitzung begab sich der Reichskanzler zum Vortrag zum Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg nahm die Demission entgegen, beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte und erteilte gleichzeitig dem Reichskanzler Dr. Brüning den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung mit der Maßgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen.

Die offiziellen Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung begannen sogleich nach der Rückkehr des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten. In parlamentarischen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß ein neues, parteimäßig nicht gebundenes Kabinett Brüning im Reichstag von den gleichen Parteien gestützt und toleriert werden dürfte, die das alte Kabinett Brüning gestützt oder toleriert haben. Welche Aussichten eine nach dem Auftrag Hindenburgs parteipolitisch nicht gebundene Regierung im Reichstag hat, wird sich endgültig erst nach dem Verlauf der Harburger Tagung der Reichsparteien abschätzen lassen. Wie die Zusammensetzung des neuen Kabinetts gedacht ist, zeigt folgende, in parlamentarischen Kreisen umlaufende Ministerliste:

Kanzler und Auswärtiges: Dr. Brüning.
Inneres: Reichswehrminister a. D. Geßler.
Finanzen: Dietrich.
Wirtschaft: Prof. Dr. Warmbold.
Arbeit: Stegerwald.
Verkehr: Direktor Schmitz.
Justiz: Staatssekretär Jöel.
Ernährung: Schiele.
Post: Dr. Schäfel.

Zunächst handelt es sich hierbei aber um einen Entwurf, der, auch wenn Dr. Brüning seinen Auftrag durchführt, noch abgeändert werden kann. So liegt insbesondere noch keine Zusage von Direktor Schmitz vor, um dessen Mitarbeit sich Dr. Brüning übrigens seit langem bemüht hat.

Brünings Rücktritt.

Das Echo in der Presse. — Keine Regierungsbeteiligung der Volkspartei.

Von den Berliner Zeitungen, die sich sämtlich eingehend zu der neuen Notverordnung und dem Rücktritt des Kabinetts Brüning äußern, nennt der sozialdemokratische „Abend“ den zeitlichen Zusammenfall des Rücktritts mit der Infragestellung der Notverordnung ein „Kuriosum des Verfassungslebens“, das aber auch zeige, wie sehr die Macht gegenwärtig beim Reichspräsidenten liegt. Ueber die Aussichten eines neuen Kabinetts Brüning urteilt das Blatt, ein solches Ministerium könne kaum anders als ein Uebergang zu einer Rechtsregierung betrachtet werden.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem Experiment und einer schweren Prüfung Deutschlands. Charakteristische Merkmale habe die neue, in ihren Umrissen zu erkennende Regierung zwei: der Ältesten liege stärker auf der rechten Seite, der autoritäre Charakter aber sei noch ausgeprägter als bei der ersten Regierung Brüning. Die „Vossische Zeitung“ erwartet von dem Gemeinwirtschaftswillen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Ausweg aus der Verwirrung und äußerster Zufriedenheit darüber, daß die Außenpolitik „in den Händen eines Mannes bleibe, der trotz allem den Weg nach Paris gefunden habe.“

Von den rechtsstehenden Männern schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, zum Brückenschlag nach beiden Ufern fehlten dem Kanzler die Pontone. Möge er seine Mitarbeiter so wählen, daß sie ihm den Brückenschlag nach dem einen und einzig erreichbaren Ufer ermöglichen. Die „Börsenzeitung“ erklärt, sie habe zwar ihre Hoffnung, daß mit dem Personenwechsel sich auch ein politischer Kurswechsel vollziehe, noch nicht ganz aufgegeben, groß aber sei diese Hoffnung nicht mehr. Der „Total-Anzeiger“ schreibt, wenn die Regierung nach Erlaß der Notverordnung den Abschied genommen habe, um neuen Männern Platz zu machen, dann sei das „nur Not ver-

ständlich; unverständlich aber sei, wie der Kanzler alsbald ein neues Kabinett aufstellen könne, um den gleichen Kurs fortzusetzen.“

Von den Parteien veröffentlicht die Korrespondenz der Deutschen Volkspartei eine Erklärung, nach der eine Beteiligung der Volkspartei an der neuen Regierung nicht in Frage kommt. Nach Auffassung der Deutschen Volkspartei könne der Kampf um die Neuordnung der außenpolitischen Lasten Deutschlands nur durch die Beteiligung der Rechtsopposition an der Regierung entgiftet werden.

Brüning verhandelt.

Entscheidung nicht vor Donnerstag.

— Berlin, 7. Oktober. Dr. Brüning hat im Laufe des Mittwochs die erforderlichen Schritte getan, um gemäß dem Auftrage des Reichspräsidenten eine neue Regierung zu bilden. Er führte mit einer Reihe von Persönlichkeiten, die für die neue Befehlung der Ministerien in Frage kommen, Verhandlungen. — Eine endgültige Entscheidung ist jedoch am Mittwoch noch nicht gefallen. Sie dürfte erst frühestens für Donnerstag zu erwarten sein.

Frankreich hat Angst vor Rechtsorientierung in Deutschland.

Die Pariser Presse zu den politischen Ereignissen in Deutschland. — Hoovers „Ultimatum“.

— Paris, 7. Oktober. Die politischen Ereignisse in Deutschland werden von der französischen Presse mit um so größerer Aufmerksamkeit verfolgt, als man sich der Schwierigkeiten wohl bewußt ist, denen Reichskanzler Brüning gegenüber steht. Man befürchtet vor allem die Erweiterung des Kabinetts nach rechts und betont, daß dadurch die soeben eingeleitete deutsch-französische Zusammenarbeit bloßgestellt würde.

Bainville schlägt in der „Liberté“ eine straffe Diktatur vor und erklärt weiter, daß die Aufgabe, vor die sich Dr. Brüning gestellt sehe, um so schwieriger sei, als Deutschland nur auf eine finanzielle Hilfe rechnen dürfe, wenn die Regierung das Ultimatum annehme, das Präsident Hoover ihr zu unterbreiten beabsichtige.

Der „Temps“ stellt fest, daß mit der Neubildung der Regierung die Gesamtorientierung der Politik des Reiches auf dem Spiele stehe. Die augenblickliche Lage berechtige in vollem Maße zur Anwendung des Artikels 48, wenn nicht auf der anderen Seite zu befürchten stände, daß sich die Parteien und ihre Anhänger dagegen auflehnen würden. Vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet könne man nur wünschen, daß es Dr. Brüning gelinge, die Klippe zu überwinden. Er sei im Augenblick der einzige deutsche Staatsmann, der sein Land vor innen- und außenpolitischen Abenteuern bewahren könne (?). Der „Intransigeant“ ist der Auffassung, daß die neue Regierung Brünings nur unwesentlich von der alten abweiche und ihre Politik daher auch in den großen Richtlinien beibehalten werde.

Verlängerung des Moratoriums?

Die Vereinigung amerikanischer Bankiers stimmt dem Hooverschen Finanzhilfsplan zu und fordert Verlängerung des Schuldenmoratoriums.

— New York, 7. Oktober. Die Vereinigung amerikanischer Bankiers hat auf ihrer Tagung in Atlantic City den Hooverschen Finanzhilfsplan einstimmig angenommen. In einer weiteren Entschließung wird die Washingtoner Regierung aufgefordert, sofort Verhandlungen über eine Verlängerung des Schuldenmoratoriums einzuleiten.

Eine andere Entschließung der Bankiers verwirft den Grundgedanke der staatlichen Arbeitslosenfürsorge, empfiehlt aber die Förderung der lokalen Hilfsstätigkeit durch die Privatbanken.

Amerikanische Goldsendung nach Amsterdam.

In Southampton wurden zwei Tonnen Gold im Werte von rund 4,5 Millionen Mark ausgeladen. Von England aus wurde das Gold, das aus New York stammt, mit einem holländischen Sonderflugzeug nach Amsterdam weiterbefördert.

Die neuen Notmaßnahmen

230 Millionen Mark für die Gemeinden. — Einschränkung der Ausgaben. — Kürzung der Höchstpensionen. — 20prozentige Senkung der Hauszinssteuer. — Ansiedlung von Erwerbslosen.

Die in monatelanger Arbeit vom Kabinett Brüning verabschiedete große Notverordnung ist nun am Tage des Rücktritts dieser Regierung in Kraft gesetzt worden. In ihrem ersten Teil enthält sie die Hilfsmassnahmen, die durch die gesteigerten Lasten der Wohlfahrtsfürsorge erforderlich geworden sind. Für den kommenden Winter werden danach den Gemeinden 230 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, von denen 150 Millionen schlußmäßig verteilt und 80 Millionen an besonders notleidende Gemeinden im Einzelfall gegeben werden. Bürgersteuer und Getränkesteuer sollen weiterhin erhoben werden, und die auf dem Wohnungsbauanteil entfallenden Beträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden können. Der Sonderbetrag von 375 Millionen Mark aus dem Gesamtaufkommen der drei großen Ueberweisungssteuern soll wie bisher verteilt werden. Auf dem Gebiete der

Arbeitslosenversicherung

wird unter Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr von dem Durchschnittslohn der letzten 13, sondern wieder von dem der letzten 26 Wochen berechnet. Etwaige Kurzarbeit vor der Arbeitslosmeldung soll fortan die Höhe der Unterstützung nicht mehr vermindern. Renten und Beihilfen, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhen, werden in Zukunft mit einem auf 25 Mark erhöhten Betrag von der Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung freibleiben.

Den Wünschen, die Arbeitslosenunterstützung teilweise in Sachleistungen zu wahren, kommt die Notverordnung dadurch entgegen, daß, wie den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, die Gewährung der Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art zuzulassen.

Bei einem regelmäßigen Wechsel von Belegschaften kann den zeitweise ausbleibenden Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, wenn auch nicht in voller Höhe. Änderungen in den Sätzen und in der Gesamtdauer der Unterstützung sind nicht vorgegeben. Für die notwendig werdenden Mehraufwendungen in der Krisenfürsorge will die Reichsregierung Mittel bereitstellen.

Zur Umschuldung der Länder und Gemeinden wird eine Umschuldungsstelle

eingeführt, die sich aus Vertretern verschiedener Gruppen zusammensetzt und im Wege freiwilliger Vereinbarung, gegebenenfalls unter Vermittlung des Reiches, die Tilgung der Schuld entweder durch Ratenzahlungen oder durch Ausgabe von Obligationen vornimmt. Ab 1. April 1932 werden für die nächsten vier Jahre aus dem Hauszinssteuereinkommen jährlich je 12 Prozent für Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen Mark erbringen sollen. Ferner ist die Möglichkeit gegeben, daß sich Auslandsgläubiger an dem Umschuldungsverfahren beteiligen.

Sperre für Verwaltungsbauten.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden insofern eingeschränkt, als für die nächsten drei Jahre Neubauten von Verwaltungsgebäuden unterlagert werden, ferner die Pensionen bei Erreichung der Altersgrenze von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt und die Höchstpensionen über 12 000 Mark nach dem Muster des Pensionskürzungsgesetzes vermindert werden. Ferner werden die Pensionen der Doppelverdiener gekürzt.

Die Hauszinssteuer wird mit Wirkung vom 1. April 1932 um 20 Prozent gesenkt, und zwar soll damit ein Ausgleich für die von den Hausbesitzern aufzubringenden erhöhten Zinsen für die Aufwertungshypotheken geschaffen werden.

Eingehend beschäftigt sich die Notverordnung mit der planmäßigen Ansiedlung arbeitsloser Landarbeiter und zur Ansiedlung geeigneter Erwerbsloser in den Randgebieten größerer Städte.

Durch diese Siedlungen, deren Kosten verbilligt werden sollen, sollen zugleich umfangreiche Landschaften überschuldeter Städte einer Neuverwertung zugeführt werden. Die Erwerbslosenansiedlung soll dem Arbeitslosen ermöglichen, sich im Laufe der Zeit den Lebensunterhalt zu einem wesentlichen Teile aus eigener Scholle zu beschaffen. Die Durchführung der Kleinansiedlung wird einem Reichsausschuß übertragen, der dem Reichskanzler unterstellt ist.

Aus den Bestimmungen über die Spar- und Giro-

Umgestaltung der Sparkassen

in selbständige Rechtspersonlichkeiten hervorzuhoben. In Zukunft müssen mindestens 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon 10 Prozent als Liquiditätsreserve abzuführen sind. Die Anlage in Hypotheken wird auf 40 Prozent der Spareinlagen beschränkt, und dem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredit nur bis zu 20 000 Mark gewährt werden. Die Bezeichnung „Sparkasse“ wird gestrichelt.

Die Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichtelter Form sollen der deutschen Privatwirtschaft die Anpassung ihres Stammkapitals und ihrer Bilanzen an die veränderte Wirtschaftslage erleichtern. Dienstverträge mit leitenden Angestellten, deren Jahresbezüge 15 000 Mark überschreiten, können vom Arbeitgeber gekündigt werden, wenn die Vertragsdauer drei Monate überschreitet.

Garantieleistung für die Wirtschaft.

Ein weiterer Teil der Notverordnung befaßt sich mit der Bereitstellung von Garantien zur Förderung der deutschen Wirtschaft bis zum Betrage von 30 Millionen Mark, die dazu dienen sollen, den Versicherungsschutz des inländischen Warenkredits zu erhalten. Das Reich tritt damit lediglich in den Kreis der Rückversicherer mit deren üblichen Rechten und Pflichten ein.

Darüber hinaus wird der Finanzminister ermächtigt, zur Stärkung der Mansfeld AG. bis zu drei Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und bis zu 300 Millionen durch Kredite zu beschaffen.

Aus den neuen Bestimmungen über den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen

ist hervorzuhoben, daß für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer der staatliche Genehmigungsbescheid eingebracht wird mit der Mahabe,

und D
und a
handel